

LANDTAG DES  
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



**JAHRESBERICHT 2025**

**DER DELEGATION BEI DER  
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE  
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND  
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

## INHALTSVERZEICHNIS

|       |                                                                                                         |    |
|-------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| I.    | Einleitung .....                                                                                        | 3  |
| II.   | Zusammensetzung der Delegation .....                                                                    | 3  |
| III.  | Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa .....                          | 3  |
| IV.   | Wintertagung vom 20. bis zum 21. Februar 2025 in Wien .....                                             | 4  |
|       | 1. Eröffnungssitzung und Plenardebatte .....                                                            | 4  |
|       | 2. Der Ständige Ausschuss .....                                                                         | 4  |
|       | 3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse .....                                                                | 5  |
| V.    | Jahrestagung vom 29. Juni bis zum 3. Juli 2025 in Porto .....                                           | 5  |
|       | 1. Eröffnungssitzung .....                                                                              | 5  |
|       | 2. Der Ständige Ausschuss .....                                                                         | 6  |
|       | 3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse .....                                                                | 6  |
|       | 4. Plenarversammlung .....                                                                              | 8  |
|       | 5. Erklärung von Porto .....                                                                            | 8  |
|       | 6. Bilaterale Gespräche .....                                                                           | 9  |
|       | 7. Wahlen .....                                                                                         | 9  |
| VI.   | Wahlbeobachtung der Parlamentswahlen am 28. September 2025 in der Republik Moldau .....                 | 9  |
| VII.  | Herbsttagung vom 17. bis zum 19. November 2025 in Istanbul .....                                        | 11 |
|       | 1. Eröffnungssitzung .....                                                                              | 11 |
|       | 2. Der Ständige Ausschuss .....                                                                         | 11 |
|       | 3. Parlamentarische Konferenz .....                                                                     | 12 |
|       | 4. Mittelmeerforum .....                                                                                | 13 |
|       | 5. Side Event: Forging Ukraine's post-conflict future: Assessing electoral capacity and readiness ..... | 13 |
| VIII. | Zusammenarbeit .....                                                                                    | 14 |
| IX.   | Kostenaufwand der Delegation .....                                                                      | 14 |
| X.    | Weitere Informationsquellen .....                                                                       | 14 |
| XI.   | Schlusswort und Antrag .....                                                                            | 14 |

## **I. Einleitung**

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die im Rahmen der OSZE PV durchgeführt werden. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2025.

## **II. Zusammensetzung der Delegation**

Im Anschluss an die im Februar 2025 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 10. April 2025 gewählt. Die Delegation setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Carmen Heeb-Kindle, Delegationsleiterin
- Abg. Johannes Kaiser, ordentliches Mitglied
- Abg. Sebastian Gassner, stellvertretendes Mitglied
- Stv. Abg. Oliver Indra, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

## **III. Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa**

Die OSZE ist ein Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Sie wurde 1975 als Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Liechtenstein gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Ihr gehören 57 Staaten aus Europa, Asien und Nordamerika an.

Die Parlamentarische Versammlung wurde in Übereinstimmung mit der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 gegründet. Sie vereint 323 Parlamentarierinnen und Parlamentarier von Vancouver bis Wladiwostok. Die Hauptaufgabe ist die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Zu den Entscheidungsgremien der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gehören das Präsidium der Versammlung sowie der Ständige Ausschuss welcher sich aus dem Präsidenten, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitungen der nationalen Delegationen zusammensetzt. Liechtenstein ist in der Parlamentarischen Versammlung mit zwei Mitgliedern sowie zwei Stellvertretern vertreten. In jedem der drei Allgemeinen Ausschüsse besitzt Liechtenstein ein Stimmrecht.

## **IV. Wintertagung vom 20. bis zum 21. Februar 2025 in Wien**

Aufgrund der Landtagswahlen am 9. Februar konnte Liechtenstein keine Delegation an die Wintertagung entsenden. Es folgt eine kurze Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte. Insgesamt nahmen gut 220 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den OSZE-Mitgliedstaaten an der Konferenz teil.

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltete ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei ordentlichen Ausschüsse.

### **1. Eröffnungssitzung und Plenardebatte**

Die Präsidentin der Versammlung, Pia Kauma, der Präsident des österreichischen Nationalrats, Walter Rosenkranz, OSZE-Generalsekretär Feridun Sinirlioğlu und der Ständige Vertreter Finnlands bei der OSZE, Vesa Häkkinen, eröffneten die 24. Wintertagung.

Die Redner unterstrichen die anhaltende Bedeutung des Gründungsdokuments der OSZE, das seit 1975 die Grundlage für die Prinzipien der euro-atlantischen Sicherheit bildet. Dazu gehören Souveränität und territoriale Integrität, die friedliche Beilegung von Streitigkeiten und die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Anlässlich des 50. Jahrestags der Schlussakte von Helsinki riefen die Redner zum gemeinsamen Handeln auf.

An der Plenardebatte sprach der russische Oppositionspolitiker Wladimir Kara-Murza. Er sprach über seine Erfahrungen als politischer Gefangener in Russland und dankte der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und der gesamten internationalen Gemeinschaft dafür, dass sie sich immer wieder für seine Freilassung eingesetzt haben. Er wies auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki hin und erinnerte daran, dass die OSZE seit Jahrzehnten von ihrem Versprechen geprägt sei, einen Raum für Frieden, Sicherheit und Demokratie von Vancouver bis Wladiwostok zu schaffen.

In der allgemeinen Debatte zum Thema «Prioritäre Herausforderungen für die europäische Sicherheit» ergriffen rund 70 Abgeordnete das Wort. Sie wiesen auf verschiedene aktuelle Herausforderungen für die Sicherheit hin und forderten ein erneutes Bekenntnis zu den Verpflichtungen und Werten der OSZE. Angesichts der derzeit stattfindenden erneuten diplomatischen Bemühungen zur Beendigung des Angriffskrieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine betonten die Parlamentarier, dass es einen fairen und dauerhaften Frieden geben muss, der auch die Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen beinhaltet.

### **2. Der Ständige Ausschuss**

Der Ständige Ausschuss der Versammlung besteht aus der Präsidentin der Versammlung, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitern der nationalen Delegationen. An der Sitzung wurden die Berichte der Präsidentin, des Generalsekretärs, des Schatzmeisters sowie von verschiedenen Sonderbeauftragten zur Kenntnis genommen.

### **3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse**

#### Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier führten eine Sonderdebatte über die «Nukleare Sicherheit, Eskalationsrisiken und den Schutz kritischer Infrastrukturen in Konfliktzeiten». Dazu sprach Botschafter Tibor Tóth, emeritierter Exekutivsekretär der Vorbereitungskommission für die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen.

#### Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss führte eine Sonderdebatte zum Thema «Neue Technologien und soziale Medien: Auswirkungen auf Wahlen». Die Debatte wurde von Victor Lăpușneanu, Leiter der Abteilung für multilaterale Zusammenarbeit im moldauischen Außenministerium, eröffnet. Er berichtete über die zahlreichen Herausforderungen mit denen Moldau bei den jüngsten Wahlen konfrontiert war.

#### Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss diskutierte im Rahmen einer Sonderdebatte den Zusammenhang zwischen Klimawandel und menschlicher Mobilität und machte deutlich, wie sich die Klimakrise bereits auf das Leben und die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen in der OSZE-Region auswirkt. Dazu sprach Patrick Sakdapolrak, Professor für Bevölkerungsgeografie und Demographie, der Universität Wien und Forschungsstipendiat im Weltbevölkerungsprogramm am Internationalen Institut für angewandte Systemanalyse.

## **V. Jahrestagung vom 29. Juni bis zum 3. Juli 2025 in Porto**

Vom 29. Juni bis zum 3. Juli fand die 32. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Porto statt. Es kamen rund 260 Abgeordnete aus den 57 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um aktuelle Themen zu diskutieren. Die Jahrestagung ist die bedeutendste Veranstaltung im Kalender der Versammlung und fand unter dem Thema «50 Jahre Schlussakte von Helsinki: Antworten auf eine neue Realität in der OSZE» statt. Liechtenstein wurde durch die Abgeordneten Carmen Heeb-Kindle (Delegationsleiterin) und Johannes Kaiser sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Die Jahrestagung fand ohne die russische Delegation statt.

### **1. Eröffnungssitzung**

Die 32. Jahrestagung wurde mit Reden eröffnet, die das 50. Jubiläum der OSZE als Gelegenheit würdigten, dieselbe visionäre Kraft zu aktivieren, die 1975 zur Verabschiedung der Schlussakte von Helsinki führte. Es sprachen der portugiesische Staatspräsident Marcelo Rebelo de Sousa, der portugiesische Parlamentspräsident José Pedro Aguiar-Branco, die Präsidentin der Versammlung Pia Kauma, UN-Generalsekretär António Guterres und die Leiterin der portugiesischen Delegation Paula Cardoso.

Die Rednerinnen und Redner würdigten das 50-jährige Bestehen der OSZE und ihre Erfolge bei der Bewältigung der Umbrüche nach dem Kalten Krieg durch sicherheitsbildenden Dialog und Konsens. Bedauert wurde, dass der Krieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine einen Schatten auf diese Gedenkfeier wirft. Präsidentin Kauma betonte, dass die Ukraine oberste Priorität der Parlamentarischen Versammlung bleiben müsse. Sie forderte die Parlamentarier auf, nicht nur den Druck zur Beendigung der Kämpfe aufrechtzuerhalten, sondern sich auch auf die Zeit nach dem Konflikt vorzubereiten. UN-Generalsekretär Guterres verwies auf die schwerwiegenden globalen

Herausforderungen und würdigte die Rolle der parlamentarischen Diplomatie bei der Stärkung der Demokratie und der Förderung umfassender Sicherheit.

Anschliessend diskutierte die Versammlung drei Entschliessungsentwürfe: 50. Jahrestag der Helsinki-Schlussakte: Globale Herausforderungen für Frieden und Sicherheit im OSZE-Raum; der Helsinki-Prozess fünfzig Jahre später und Stärkung einer positiven Agenda für die Zusammenarbeit auf dem Westbalkan.

## **2. Der Ständige Ausschuss**

Der Schatzmeister, Johan Büser, schlug für das Haushaltsjahr 2025-2026 ein Budget mit einem Nullwachstum in Höhe von EUR 4'373'000 vor. Er erklärte, dass sich die Versammlung noch immer in einer schwierigen finanziellen Situation befindet, da die Russische Föderation ihre Beiträge seit mehreren Jahren nicht mehr bezahlt hat. Der Schatzmeister bedankte sich bei den nationalen Delegationen – darunter Liechtenstein – welche den Vorschlag eines Mindestbetrags von EUR 10'000 bis zu einer Änderung in der Berechnung der Mitgliederbeiträge der OSZE unterstützten. Im Anschluss an seine Ausführungen genehmigte der Ständige Ausschuss den Voranschlag für das Finanzjahr 2025-2026. Abschliessend begrüsst Büser die Stärkung der Versammlung durch erhöhte Transparenz, Offenheit und Rechenschaftspflicht.

Der Ständige Ausschuss erörterte ausserdem die Möglichkeit einer Institutionalisierung des Netzwerks junger Parlamentarier als Ad-hoc-Ausschuss. Sowohl die Präsidentin als auch mehrere Mitglieder äusserten ihre Unterstützung für diese Idee, es wurde jedoch keine Entscheidung getroffen.

## **3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse**

Die drei Ausschüsse (Ausschuss für politische Angelegenheiten, Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Menschenrechte) diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht mit entsprechender Entschliessung.

Die Tagesordnung der Jahrestagung kann durch zusätzliche Entschliessungsentwürfe zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt werden, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichterstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Entschliessungsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen.

### Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Berichterstatter Tobias Winkler (Deutschland) stellte seinen Bericht und den Entschliessungsentwurf vor. Die Entschliessung bekräftigt die Verurteilung des Krieges der Russischen Föderation gegen die Ukraine durch die Parlamentarische Versammlung und fordert die anhaltende Unterstützung für die Ukraine. Der Bericht behandelt zudem Fortschritte in den Friedensverhandlungen zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie die Lage im Nahen Osten.

In der anschliessenden Debatte wurde die Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen, die Rüstungskontrolle und der Normalisierungsprozess zwischen Armenien und Aserbaidschan angesprochen. Dabei wurde die Notwendigkeit betont, politischen Willen für langfristige Sicherheit aufzubauen. Weiter wurde das kürzlich geschlossene Grenzabkommen zwischen Tadschikistan und Kirgisistan als politisch weisen Schritt hervorgehoben.

Der Ausschuss diskutierte und verabschiedete die folgenden zusätzlichen Entschliessungen: Unterstützung der Anerkennung des Staates Palästina als Mittel zur Gewährleistung von Frieden, regionaler Stabilität und Einhaltung des Völkerrechts; Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu gewalttätigem Extremismus und Terrorismus durch Bildung sowie Medien- und Informationskompetenz; Maritime Sicherheit: Ein integraler Bestandteil der umfassenden Sicherheitsstrategie der OSZE; Unterstützung der Unabhängigkeit und Demokratie der Republik Moldau; Förderung der Mehrsprachigkeit in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Die Abgeordnete Carmen Heeb-Kindle nahm an den Sitzungen des ersten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

#### Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Der Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt diskutierte den Bericht und den Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Paula Cardoso (Portugal). Die Entschliessung betont die Bedrohungen durch den Klimawandel und unterstreicht die Notwendigkeit, die Energiewende zu beschleunigen sowie die gute Regierungsführung zur Korruptionsbekämpfung zu fördern.

In der Debatte wurde die wirtschaftliche Resilienz und die ökologische Nachhaltigkeit angesichts komplexer globaler Herausforderungen, die Instabilität im Nahen Osten und die damit zusammenhängenden Auswirkungen auf globale Energie-, Handels- und Sicherheitsfragen, die Klimabedrohung einschliesslich Wasserknappheit und klimabedingte Migration erwähnt.

Die folgenden zusätzlichen Entschliessungen wurden vom Ausschuss diskutiert und verabschiedet: Die Antwort auf den demografischen Winter; Förderung der Einziehung und Verwahrung von aus der organisierten Kriminalität beschlagnahmten Vermögenswerten; Bekämpfung des Zusammenhangs zwischen Korruption, organisierter Kriminalität und Terrorismus; Jugendperspektiven zur Erleichterung von «Brain Circulation» und Verhinderung von «Brain Drain» im OSZE-Raum; Klimawandel, Korruption und Sicherheit: Umgang mit miteinander verknüpften Bedrohungen in der OSZE-Region; Stärkung der parlamentarischen Diplomatie und Zusammenarbeit zum Schutz künftiger Generationen.

Der Abgeordnete Johannes Kaiser nahm an den Sitzungen des zweiten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

#### Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Carina Ödebrink (Schweden). Dieser konzentriert sich auf die humanitären Folgen bewaffneter Konflikte und fordert den Schutz von Zivilisten sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts. In der Debatte sprachen die Mitglieder Themen wie politische Gefangene, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Rückschritte und geschlechtsspezifische Gewalt an.

Anschliessend befasste sich der Ausschuss mit zusätzlichen Entschliessungen über die Stärkung der Geschlechtergleichstellung und Schutz der Frauen; Konsequenzen bei Nichteinhaltung der demokratischen und wahlrechtlichen Standards; gegen die russische Desinformation über den Zweiten Weltkrieg und die Neuschreibung der Geschichte; stärkere Unterstützung für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in der OSZE-Region; Verstärkung der Massnahmen zur Verhinderung des Kinderhandels und der sexuellen Ausbeutung von Kindern; Unterstützung der Demokratie und der OSZE-Werte in Georgien.

Die Abgeordneten Carmen Heeb-Kindle und Johannes Kaiser vertraten Liechtenstein gemeinsam im dritten Allgemeinen Ausschuss. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

#### **4. Plenarversammlung**

Auf der Tagesordnung der Plenarversammlung stand neben verschiedenen Ansprachen die Berichterstattung der Präsidentin der Versammlung, des Generalsekretärs der OSZE, verschiedener Ad-hoc-Vorsitzenden und Sonderbeauftragten der Versammlung sowie die Präsentation über durchgeführte Wahlbeobachtungsmissionen.

Der OSZE-Generalsekretär Feridun Sinirlioğlu betonte die entscheidende Rolle der Parlamentarischen Versammlung bei der Förderung gemeinsamer Prinzipien und Verpflichtungen sowie bei der Sicherstellung, dass die OSZE eine effektive Plattform für Dialog und Handeln bleibt. Die OSZE biete eine Grundlage für eine sicherere und stabilere Zukunft. ODIHR-Direktorin Maria Telalian konzentrierte sich auf den bevorstehenden 50. Jahrestag der OSZE und reflektierte über die Herausforderungen für die internationalen Beziehungen sowie den rechtlichen und politischen Rahmen zur Gewährleistung der Menschenrechte. Sie begrüßte die Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung und ODIHR bei Wahlbeobachtungen und stellte fest, dass Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine wesentliche Rolle bei der Wahrung der Grundfreiheiten spielen.

Ebenfalls legten der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO Marcos Perestrello sowie der Präsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarats Theodoros Rousopoulos, ihre Perspektiven zur europäischen Sicherheitslage dar.

Anlässlich der Plenarsitzung wurde der Entschliessungsentwurf «Sicherung der Stabilität der finanziellen Situation der Parlamentarischen Versammlung», welcher vom Schatzmeister der Versammlung eingebracht wurde, diskutiert. Die Entschliessung drängt auf Änderungen in der Berechnung der Mitgliederbeiträge der OSZE PV und beauftragt den Schatzmeister, einen Reformprozess durchzuführen, um die langfristige Nachhaltigkeit und das Funktionieren der Kernaktivitäten der OSZE PV sicherzustellen.

Es wurden Sonderdebatten über die aktuelle Lage im Nahen Osten und die OSZE – 50 Jahre nach Helsinki – durchgeführt. Es wurde über ein breites Spektrum von Ansichten diskutiert.

#### **5. Erklärung von Porto**

Als Ergebnis der Tagung wurde die «Erklärung von Porto» verabschiedet. Sie ist das Ergebnis mehrtägiger Arbeit in den allgemeinen Ausschüssen und den Plenarsitzungen und repräsentiert die kollektive Stimme der parlamentarischen Dimension der OSZE. Sie beinhaltet die Resolutionen der drei Ausschüsse und die 21 Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände.

Die Versammlung fordert die sofortige Beendigung aller Aggressionshandlungen und den vollständigen Rückzug der russischen Streitkräfte aus dem gesamten ukrainischen Gebiet. Sie begrüsst internationale Friedensinitiativen und fordert deren Ausrichtung an der UN-Charta, den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen sowie dem Völkerrecht. Die Erklärung enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Die «Erklärung von Porto» fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Sie wird den nationalen Regierungen, Parlamenten und der internationalen

Gemeinschaft der 57 OSZE-Mitgliedstaaten vorgelegt. Das Dokument kann über die Homepage der Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) abgerufen werden.

## **6. Bilaterale Gespräche**

Neben den Ausschuss- und Plenarsitzungen bot sich der liechtensteinischen Delegation die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentarierinnen und Parlamentariern verschiedener Staaten über aktuelle Themen auszutauschen. Auf Einladung des Schweizer Botschafters Denis Knobel fand ein Austausch mit den Mitgliedern der Schweizer Delegation statt. Dieses Treffen unterstrich die traditionell engen Beziehungen zwischen Liechtenstein und der Schweiz und bot Gelegenheit, gemeinsame Positionen zu europapolitischen Fragen zu erörtern.

## **7. Wahlen**

Zum Abschluss der Jahrestagung standen verschiedene Wahlen der Versammlung auf der Tagesordnung. Als Präsident wurde Pere Joan Pons (Spanien) für eine Amtsdauer von zwei Jahren gewählt.

|                       |                                                                                                                                |
|-----------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Präsident (neu)       | Pere Joan Pons (Spanien)                                                                                                       |
| Vizepräsidenten (neu) | Eugenio Zoffili (Italien)<br>Lucie Potůčková (Tschechische Republik)<br>Gábor Hajdu (Rumänien)<br>Irene Charalambides (Zypern) |

### Ausschuss für politische Angelegenheiten und Sicherheit

|                             |                                 |
|-----------------------------|---------------------------------|
| Vorsitzender (neu)          | Marc Veasey (US)                |
| Vizevorsitzende (neu)       | Jevrosima Pejovic (Montenegro)) |
| Berichterstatte(r) (bisher) | Tobias Winkler (Deutschland)    |

### Ausschuss für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

|                             |                              |
|-----------------------------|------------------------------|
| Vorsitzender (bisher)       | Azay Guliyev (Aserbaidschan) |
| Vizevorsitzender (bisher)   | Artur Gerasymov (Ukraine)    |
| Berichterstatte(r) (bisher) | Paula Cardoso (Portugal)     |

### Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

|                             |                                           |
|-----------------------------|-------------------------------------------|
| Vorsitzender (neu)          | Sargis Khandanyan (Armenien)              |
| Vizevorsitzende (neu)       | Christine Blower (Vereinigtes Königreich) |
| Berichterstatte(r) (bisher) | Carina Ödebrink (Schweden)                |

Die Amtsdauer in den Allgemeinen Ausschüssen beträgt ein Jahr.

## **VI. Wahlbeobachtung der Parlamentswahlen am 28. September 2025 in der Republik Moldau**

Die Abgeordneten Carmen Heeb-Kindle und Johannes Kaiser nahmen als Teil der Delegation der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vom 26. bis 29. September an der internationalen Wahlbeobachtungsmission zu den Parlamentswahlen in der Republik Moldau teil. An der Mission beteiligten sich insgesamt über 420

Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter, darunter rund 80 Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.

Die Parlamentswahl wurde sowohl im Land selbst als auch international als eine wichtige demokratische Weichenstellung für die Zukunft Moldaus betrachtet. Die Integrität von Wahlprozessen und die Gewährleistung freier, fairer und sicherer Wahlen sind für das Funktionieren und die Legitimität demokratischer Systeme von zentraler Bedeutung.

Viele Einheimische beschrieben diese Wahl als eine der bedeutendsten in der jüngeren Geschichte des Landes. Aufgrund der geopolitisch sensiblen Lage zwischen der Ukraine und Rumänien sowie des anhaltenden Einflusses Russlands bleibt die politische Situation angespannt. Zahlreiche Menschen betonten gegenüber den Beobachterinnen und Beobachtern ihr aufrichtiges Bedürfnis nach Objektivität, Stabilität und Fortschritt im eigenen Land.

Die liechtensteinischen Abgeordneten überwachten gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des ODIHR (Office for Democratic Institutions and Human Rights) sowie anderer nationaler Delegationen den Wahlprozess vor Ort und trugen zur Gesamtbeurteilung der Einhaltung internationaler demokratischer Standards bei. Die internationale Wahlbeobachtung ist ein wichtiges Instrument zur Förderung demokratischer Prozesse und zur Stärkung des Vertrauens in Wahlverfahren. Die Teilnahme Liechtensteins im Rahmen dieser regulären OSZE-Mission unterstreicht das kontinuierliche Engagement des Landes für Sicherheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Europa.

Die Wahlen selbst verliefen insgesamt kompetitiv und gaben den Wählerinnen und Wählern eine echte Auswahl zwischen unterschiedlichen politischen Kräften. Das Verfahren war gut vorbereitet, am Wahltag weitgehend geordnet und transparent. Gleichzeitig war der Prozess mit Herausforderungen verbunden – insbesondere im Zusammenhang mit ausländischer Einflussnahme, unzulässiger Finanzierung, Cyberangriffen und Desinformationskampagnen.

Das Wahlrecht wurde in den vergangenen Jahren umfassend reformiert und bietet grundsätzlich eine solide Grundlage für demokratische Wahlen. Gesetzesänderungen kurz vor dem Urnengang beeinträchtigten jedoch die Rechtssicherheit. Die Zentrale Wahlkommission (CEC) organisierte die Abstimmung effizient und transparent, wobei einzelne parteipolitisch geprägte Entscheidungen – etwa zu Wahllokalen in Transnistrien oder zur Aberkennung der Zulassung zweier Parteien – Fragen zur Unabhängigkeit der Kommission aufwarfen.

Die Wahl fand in einem stark polarisierten Umfeld statt. Während die Regierungspartei den Urnengang als Bestätigung des proeuropäischen Kurses sah, betonten Teile der Opposition die Notwendigkeit ausgewogenerer Beziehungen zur Russischen Föderation. Der Wahlprozess wurde daher auch als Richtungsentscheid über den weiteren europäischen Integrationsweg verstanden.

Der Wahlkampf war lebhaft, die politischen Grundrechte wurden gewahrt. Neben klassischen Kampagnenmethoden spielten soziale Medien eine zentrale Rolle. Zugleich stellten die Behörden und unabhängige Medien fest, dass hybride Einflussversuche und koordinierte Desinformation aus dem Ausland die öffentliche Debatte erheblich belasteten. Ermittlungen führten zur Aufdeckung eines ausländisch finanzierten Netzwerks, das gezielte Stimmenkäufe organisierte.

Die Medienlandschaft ist pluralistisch, jedoch von politischer Polarisierung geprägt. Obwohl die Wählerinnen und Wähler Zugang zu unterschiedlichen Informationsquellen hatten, erschwerten parteiische Berichterstattung, mangelnder investigativer Journalismus und die Verbreitung manipulativer Onlineinhalte eine umfassend informierte Entscheidung.

Am Wahltag selbst verlief die Abstimmung weitgehend ruhig und professionell. Beobachterinnen und Beobachter bewerteten die Organisation und die Stimmauszählung überwiegend positiv. Einzelne Vorfälle – darunter Cyberangriffe, Bombendrohungen und logistische Verzögerungen – führten nur zu temporären Unterbrechungen. Ebenso wurde im Verlauf des Wahltages eine Partei von der Wahl nachträglich ausgeschlossen, was zu einigen ungültigen Stimmzetteln führte.

Insgesamt erfüllten die Parlamentswahlen in der Republik Moldau in weiten Teilen die internationalen Verpflichtungen für demokratische Wahlen. Der Prozess war transparent, effizient und gewährleistete den Bürgerinnen und Bürgern eine echte Wahlmöglichkeit. Gleichwohl untergruben hybride Einflussversuche, Desinformation und rechtliche Unsicherheiten teilweise das Vertrauen in die Integrität des Wahlprozesses.

Die OSZE-Beobachtungsmission empfahl, zukünftige Gesetzesänderungen frühzeitig und im politischen Konsens vorzunehmen, die Unabhängigkeit der Wahlkommission weiter zu stärken, den Schutz vor Cyberangriffen und Desinformation auszubauen und die Transparenz bei der Parteienfinanzierung zu verbessern.

## **VII. Herbsttagung vom 17. bis zum 19. November 2025 in Istanbul**

Vom 17. bis zum 19. November fand in Istanbul die Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE statt. Die Abgeordneten Carmen Heeb-Kindle (Delegationsleiterin) und Johannes Kaiser sowie Gabriele Wachter (Delegationssekretärin) vertraten den liechtensteinischen Landtag an dieser dreitägigen Konferenz. An der 23. Herbstkonferenz kamen rund 200 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zusammen, um über das Thema «Die OSZE mit 50: Wiederbelebung des Multilateralismus durch Dialog und Zusammenarbeit» zu diskutieren.

### **1. Eröffnungssitzung**

Die Konferenz wurde von Numan Kurtulmuş, Präsident der grossen Nationalversammlung der Türkei, Pere Joan Pons, Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Selami Altinok, Leiter der türkischen Delegation der OSZE PV sowie Feridun H. Sinirlioğlu, Generalsekretär der OSZE, eröffnet.

Es wurde ein verstärktes Engagement zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen in der OSZE-Region gefordert. Betont wurde die Notwendigkeit eines gerechten Friedens in der Ukraine unter Einbezug Kiews bei allen Verhandlungen sowie ein Weg zu dauerhaftem Frieden im Nahen Osten. Als positive Entwicklung wurden die jüngsten Fortschritte bei Frieden und Versöhnung zwischen Armenien und Aserbaidschan gewürdigt. Die Redner unterstrichen, dass der politische Dialog das wirksamste verfügbare Instrument zur Konfliktlösung bleibe.

### **2. Der Ständige Ausschuss**

Pere Joan Pons, Präsident der Parlamentarischen Versammlung, legte den Abgeordneten, neben seinem Tätigkeitsbericht, ein Governance-Papier zu demokratischen Reformen mit einem klaren Rahmen für Transparenz und Inklusion innerhalb der Versammlung vor. Ergänzend dazu legt der Aktionsplan 2025 - 2027 konkrete Prioritäten für Reform und Relevanz fest. Er betont die Stärkung der politischen Führung und den Aufbau finanzieller Nachhaltigkeit sowie die Verbesserung der Fähigkeit der Versammlung, aufkommende Herausforderungen zu bewältigen. Alle Delegationen wurden ermutigt, diese Bemühungen zu unterstützen.

Der Schatzmeister, Johan Büser, informierte die Abgeordneten über die anhaltend angespannte finanzielle Situation der Parlamentarischen Versammlung. Als Hauptgründe wurden das nominale Nullwachstum sowie die seit vier Jahren ausstehenden Mitgliedsbeiträge der Russischen Föderation genannt. Positiv vermerkte der Schatzmeister, dass mehrere Mitgliedstaaten der Aufforderung zur Erhöhung ihres Mitgliedsbeitrags auf EUR 10'000 nachgekommen seien. Darüber hinaus seien einige Sonderzahlungen eingegangen. Dies trage zur Stabilisierung der Finanzlage bei und der

Schatzmeister bedankte sich bei diesen Ländern. Auch Liechtenstein beteiligte sich mit einem Mitgliedsbeitrag über EUR 10'000 für das Jahr 2025/2026.

Abschliessend wurden die Berichte von Sonderbeauftragten, der Ad-hoc-Ausschüsse, die Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen sowie der Bericht des Generalsekretärs der Versammlung zur Kenntnis genommen

### **3. Parlamentarische Konferenz**

#### Session 1 - Strategien zur Stärkung von Sicherheit in Zeiten globaler Unsicherheit: Dialog, Mediation und Vertrauensaufbau

In der ersten Sitzung diskutierten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Strategien zur Stärkung von Sicherheit in Zeiten globaler Unsicherheit. Die Redner hoben den Dialog als Kernauftrag der Versammlung hervor. Der Dialog widerspiegle sich in der Arbeit der Versammlung, insbesondere in den Bemühungen der Ad-hoc-Ausschüsse zu Terrorismus und zu Migrationsfragen.

Die Hauptredner, darunter Çağrı Erhan, Seniorberater des türkischen Präsidenten, Helga Maria Schmid, Präsidentin des Europäischen Instituts für Frieden, sowie David Harland, Exekutivdirektor des Centre for Humanitarian Dialogue, betonten die Bedeutung von Dialog und Mediation in einer Ära der Unsicherheit.

#### Session 2 - Stärkung des regelbasierten globalen Handelssystems unter Berücksichtigung von Fairness, Konnektivität und nachhaltigem Wachstum

Die zweite Sitzung befasste sich mit der Stärkung des regelbasierten globalen Handelssystems unter der Berücksichtigung von Fairness, Konnektivität und nachhaltigem Wachstum. Die Redner unterstrichen, dass der zunehmende Wettbewerb um strategische Ressourcen, kritische Materialien und neue Technologien die Grundlagen eines offenen und regelbasierten Handels immer stärker untergrabe. Langfristige multilaterale Zusammenarbeit werde durch kurzfristige bilaterale Strategien ersetzt.

Zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern sprachen Prof. Mustafa Ege Yazgan, Rektor der Istanbul Bilgi Universität, und John Drummond, Leiter der Abteilung Handelspolitik bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sie forderten eine Wiederbelebung des Multilateralismus und appellierten an die Abgeordneten, durch Infrastruktur- und Energiekorridore strategische Konnektivität zu fördern, damit der Handel weiterhin als Motor für Sicherheit und nachhaltige Entwicklung dienen könne.

#### Session 3 - Schutz der Menschenwürde, der Wahrung von Rechten sowie der Unterstützung von Familien und Gemeinschaften

In der dritten Sitzung stand der Schutz der Menschenwürde im Mittelpunkt. Die Abgeordneten betonten die Bedeutung der Wahrung von Rechten sowie die Unterstützung von Familien und Gemeinschaften. Es wurde festgestellt, dass die internationale Ordnung unter erheblicher Belastung stehe.

Die Hauptredner Sarah Muscroft, Direktorin des Bereichs Response Support beim UN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, Paolo Marchi, UNICEF-Vertreter in der Türkei, sowie Prof. Şebnem Akçapar von der Sozialwissenschaftlichen Universität Ankara betonten die Bedeutung kollektiven Handelns und des humanitären Völkerrechts zur Bewältigung anhaltender Krisen. Die Abgeordneten forderten wiederholt die Freilassung der seit April 2022 unrechtmässig inhaftierten OSZE-Mitarbeiter Vadym Golda, Maxim Petrov und Dmytro Shabanov.

#### **4. Mittelmeerforum**

Am Mittelmeerforum stand die aktuelle Lage im Nahen Osten im Zentrum der Debatte und umfasste Beiträge des OSZE-PV-Sonderbeauftragten für Mittelmeerangelegenheiten Pascal Allizard (Frankreich), Prof. Esra Albayrakoglu von der Bahçeşehir-Universität sowie der Leiter der parlamentarischen Delegationen aus Algerien und Marokko und eines Mitglieds des Palästinensischen Nationalrats.

Prof. Albayrakoglu wies darauf hin, dass mehrere Krisen zusammenlaufen und sich gegenseitig verstärken. Sie betonte, dass die Situation in Gaza im Kontext dieser umfassenderen regionalen Entwicklungen betrachtet werden müsse. Die andauernde Gaza-Krise befeuert laut Albayrakoglu die allgemeine Instabilität in der Region und werde gleichzeitig durch diese verstärkt.

In der Debatte äusserten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier Besorgnis über die humanitäre Lage und betonten die Notwendigkeit von Rechenschaftspflicht sowie des vollständigen Wiederaufbaus des Gazastreifens. Gefordert wurde zudem die Förderung einer Zweistaatenlösung auf der Grundlage von Souveränität und Gleichheit.

Die Abgeordneten begrüßten die diese Woche erfolgte Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 2803, die den Gaza-Friedensplan befürwortet, die Bildung eines Friedensrates zur Unterstützung des Wiederaufbaus des Gazastreifens begrüßt, die Entsendung einer internationalen Stabilisierungstruppe genehmigt und die Einrichtung eines palästinensischen Exekutivkomitees zur Verwaltung der täglichen Regierungsgeschäfte im Gazastreifen ermöglicht.

Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier betonten, dass es ohne Gerechtigkeit keinen dauerhaften Frieden geben könne. Die Sicherheitslage im Nahen Osten wirke sich erheblich auf die gesamte OSZE-Region aus. Die Parlamentarier verurteilten die Gewalt militanter Gruppen und sprachen sich für eine israelische und palästinensische Führung aus, die Frieden und Würde in den Vordergrund stellt. Zur Erzielung langfristiger Lösungen müsse die Diplomatie aktiv und entschlossen agieren.

#### **5. Side Event: Forging Ukraine's post-conflict future: Assessing electoral capacity and readiness**

Im Vorfeld der Herbsttagung nahm die Abgeordnete Carmen Heeb-Kindle an einem Seminar zur Wahlvorbereitung in der Ukraine teil welches von der Parlamentarischen Versammlung sowie dem ODHIR (OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte) organisiert wurde.

Im Rahmen des Seminars untersuchten die Teilnehmenden die Bereitschaft der Ukraine, die komplexen Herausforderungen bei der Organisation von Wahlen nach dem Konflikt zu bewältigen, einschliesslich kommunaler, parlamentarischer und präsidialer Wahlen. Mit dem langfristigen Ziel, inklusive und sichere Wahlprozesse zu entwickeln, diene die Veranstaltung als möglicher Leitfaden und warf zentrale Überlegungen für künftige Wahlen auf.

Die Teilnehmenden betonten, dass die Bemühungen der Ukraine zur Vorbereitung von Wahlen nach Aufhebung des Kriegsrechts ein klares Bekenntnis zu langfristigem Frieden und Demokratie darstellten.

Unter Einbeziehung der Perspektiven von Parlamentariern, Praktikern und Experten, diskutierten die Teilnehmenden die Widerstandsfähigkeit der demokratischen Institutionen der Ukraine angesichts des anhaltenden Krieges. Sie identifizierten Möglichkeiten zur Unterstützung der Ukraine bei der Vorbereitung und Durchführung von Nachkriegswahlen.

In diesem Zusammenhang wurde die langjährige Erfahrung der OSZE bei der Unterstützung von Wahlen in Post-Konflikt-Situationen als wertvolle Expertise hervorgehoben. Gleichzeitig wurde

festgestellt, dass die Durchführung demokratischer und sicherer Wahlen in der Ukraine innovative Lösungen seitens der Ukraine und ihrer internationalen Partner erfordern werde.

## **VIII. Zusammenarbeit**

Am 14. Mai fand eine Informationssitzung mit Botschafterin Maria-Pia Kotbauer und dem stellvertretenden Missionsleiter Dominik Marxer (virtuelle Teilnahme) in Vaduz statt. Botschafterin Maria-Pia Kotbauer gab einen umfassenden Überblick über die OSZE sowie die Rolle und das Engagement Liechtensteins in der Organisation.

Im Vorfeld jeder Tagung wurde der Delegation ein umfangreiches Informationsdossier durch das Ministerium für Äusseres zur Verfügung gestellt. Es umfasste Liechtenstein-spezifische Hintergrundinformationen, einschliesslich detaillierter Informationen über die Aktivitäten der OSZE. Dies gewährleistete einen koordinierten Informationsaustausch und die Abstimmung der Delegationstätigkeiten.

## **IX. Kostenaufwand der Delegation**

Im Berichtsjahr 2025 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 15'211 (Vorjahr CHF 14'982). Die Taggelder machten im Jahr 2025 CHF 38'400 (Vorjahr CHF 15'000) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betrugen EUR 10'000 bzw. CHF 9'546.

## **X. Weitere Informationsquellen**

Ausführliche Informationen, wie detaillierte Berichte zu den Tagungen sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

## **XI. Schlusswort und Antrag**

Für Liechtenstein stellt die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine zentrale multilaterale Plattform dar, um sich im Einklang mit den aussenpolitischen Prioritäten für Frieden, Sicherheit, Stabilität und die Stärkung demokratischer Strukturen im OSZE-Raum einzusetzen. Die aktive Mitwirkung in der Parlamentarischen Versammlung der OSZE ermöglicht es auch einem Kleinstaat, Verantwortung zu übernehmen, seine Perspektiven einzubringen und zur Weiterentwicklung gemeinsamer Verpflichtungen beizutragen.

Das Berichtsjahr 2025 war in besonderer Weise geprägt vom 50-jährigen Bestehen der Schlussakte von Helsinki und stand damit im Zeichen der Frage, wie die OSZE und ihre parlamentarische Dimension auf eine veränderte sicherheitspolitische Realität reagieren können. Sowohl an der Jahrestagung in Porto als auch an der Herbsttagung in Istanbul wurde deutlich, dass Dialog, parlamentarische Diplomatie und multilaterale Zusammenarbeit auch unter schwierigen geopolitischen Rahmenbedingungen unverzichtbar bleiben. Die behandelten Themen reichten von der europäischen Sicherheitsarchitektur über bewaffnete Konflikte und deren humanitäre Folgen bis hin zu wirtschaftlicher Resilienz, Klimawandel, Menschenrechten und der Stärkung demokratischer Institutionen.

Die Jahrestagung in Porto bot mit dem Fokus auf «50 Jahre Schlussakte von Helsinki» eine wichtige Gelegenheit zur Standortbestimmung der OSZE. Die verabschiedete Erklärung von Porto unterstrich die gemeinsame Verantwortung der Teilnehmerstaaten für die Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen und die Stärkung der Organisation. An der Herbsttagung in Istanbul standen insbesondere die Wiederbelebung des Multilateralismus, der politische Dialog als Instrument der Konfliktlösung sowie Fragen der finanziellen und institutionellen Nachhaltigkeit der Parlamentarischen Versammlung im Vordergrund. Beide Tagungen verdeutlichten die zentrale Rolle der Parlamentarischen Versammlung als Forum für Austausch, Vernetzung und politische Verständigung.

Ein weiterer Bestandteil der parlamentarischen Arbeit innerhalb der OSZE sind internationale Wahlbeobachtungen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung demokratischer Standards, zur Transparenz von Wahlverfahren und zur Stärkung des Vertrauens in demokratische Institutionen. Im Berichtsjahr nahm die liechtensteinische Delegation im Rahmen einer OSZE-Wahlbeobachtungsmission an der Beobachtung der Parlamentswahlen in der Republik Moldau teil. Die dabei gewonnenen Eindrücke ergänzten die parlamentarische Arbeit der Delegation und flossen in den Erfahrungsaustausch innerhalb der Versammlung ein.

Die aktive Beteiligung Liechtensteins an den Arbeiten der Parlamentarischen Versammlung, an ihren Tagungen sowie an ausgewählten Wahlbeobachtungsmissionen steht im Einklang mit dem langjährigen Engagement des Landes für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit im OSZE-Raum.

Abschliessend bedankt sich die Delegation bei allen beteiligten Institutionen und Personen für die Unterstützung im Berichtsjahr, insbesondere beim Amt für Auswärtige Angelegenheiten, bei der Ständigen Vertretung in Wien sowie bei der Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger und bei Gabriele Wachter für ihre stets professionelle, engagierte und verlässliche Unterstützung der Delegationsarbeit.

Im Namen der Delegation bitte ich den Hohen Landtag den Jahresbericht 2025 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis nehmen.

Die Delegationsleiterin

 Carmen Heeb-Kindle 

Balzers, im Februar 2026